

Weihnachtspost 2013

Rechtsanwälte Kotz

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ **E-Mail:** info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Wichtig: Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

In der Weihnachtspost erläutern wir Ihnen:

- Entwicklungen in der Kanzlei (Seite 1)
- Modernisierungsmaßnahmen nach neuem Mietrecht (Seite 1 f.)
- Beleidigungen im Straßenverkehr (Seite 2 f.)
- Haushaltshilfen legal beschäftigen (Seite 3 f.)
- Neuregelungen im Jahre 2014 (Seite 5 f.)
- Gesetzesvorhaben der „großen Koalition“ (Seite 6 f.)
- Interessante Urteile aus dem Jahre 2013 (Seite 7)
- Kuriose Urteile (Seite 8 ff.)

Juristischer Spruch zum Einstieg:

„Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“

Charles-Louis de Secondat, Baron de La Brède et de Montesquieu

(1689-1755, französischer Schriftsteller, Philosoph und Staatstheoretiker der Aufklärung)

Entwicklungen in der Kanzlei:

Nachdem wir bereits im Jahre 2012 zur Erweiterung unseres Dienstleistungsangebots das Haus Siegener Straße 106 erworben haben, schreitet die Umgestaltung der Kanzlei voran. Die Umbauarbeiten im Haus Siegener Straße 106 sind abgeschlossen und die Büroräume werden im Untergeschoss des Hauses bereits genutzt. Die Verlegung des Kanzleieingangs zum Haus Siegener Straße 106 wird im Frühjahr 2014 erfolgen. Bereits seit einiger Zeit besteht auch die Möglichkeit hinter dem Haus Siegener Straße 106 zu parken.

Da Mitarbeiterinnen im Jahre 2013 in Elternzeit gegangen sind und im Jahre 2014 in Elternzeit gehen werden, haben wir zudem neue Mitarbeiterinnen eingestellt.

Modernisierungsmaßnahmen nach dem neuem Mietrecht:

Am 01.05.2013 ist das **Mietrechtsänderungsgesetz** in Kraft getreten. Veränderungen ergeben sich vor allem bezüglich der energetischen Sanierung, der Modernisierungsmieterhöhung, der Folgen der Nichtzahlung der Kautions und hinsichtlich der Wohnungsräumung. Im nachfolgenden sollen nur die gesetzlichen Neuerungen hinsichtlich der energetischen Modernisierungsmaßnahmen erläutert werden.

Früher konnte der Mieter die Miete auch bei unerheblichen Beeinträchtigungen der Mietsache im Rahmen einer energetischen Sanierungsmaßnahme mindern. Jeder nicht unerhebliche Mangel an der Mietsache führte grundsätzlich zu einer Mietminderung. Das neue Mietrecht legt dem Mieter nunmehr jedoch in bestimmten Fällen die Pflicht dazu auf, eine energetische Modernisierungsmaßnahme zu dulden, ohne

dass er die Miete mindern kann. Der Mieter ist in diesen Fällen trotz der Einschränkung der Nutzungsmöglichkeiten der Mietsache zur vollständigen Mietzahlung verpflichtet.

Wann ist dies der Fall? Zunächst muss eine „energetische Modernisierungsmaßnahme“ vorliegen. Gemeint sind damit bauliche Veränderungen an der Mietsache, die zu einer Einsparung von Energie führen. Dies trifft zum Beispiel etwa auf Dämmmaßnahmen am Haus zu. Unter energetische Modernisierungsmaßnahmen fallen jedoch keine bloßen Instandhaltungsmaßnahmen des Miethauses, wie zum Beispiel der Austausch alter Rohre im Haus.

Ferner darf keine völlige Aufhebung der vertragsgemäßen Gebrauchsmöglichkeit der Mietsache vorliegen. Kann der Mieter seine Wohnung zum Beispiel während der Durchführung der energetischen Modernisierungsmaßnahme überhaupt nicht mehr nutzen, ist er von der Mietzahlungspflicht befreit.

Der Ausschluss der Mietminderungsmöglichkeit des Mieters ist auf 3 Monate beschränkt. Dauert die energetische Modernisierungsmaßnahme des Hauses länger als 3 Monate, kann der Mieter die Miete mindern.

Der Mieter muss die Modernisierungsmaßnahme auch nicht immer dulden. Es besteht keine Duldungspflicht des Mieters, wenn die Modernisierungsmaßnahme für ihn, seine Familie oder einen Angehörigen seines Haushalts eine nicht hinnehmbare Härte bedeuten würde. Lediglich wirtschaftliche Härtegründe des Mieters lassen jedoch seine Duldungspflicht nicht entfallen.

Zu beachten ist, dass der Vermieter für das Vorliegen einer energetischen Modernisierungsmaßnahme darlegungs- und beweispflichtig ist, da diese einen Ausschlussstatbestand darstellt. Ferner muss der Vermieter die Maßnahme spätestens 3 Monate vor ihrem Beginn ankündigen. Nach Zugang einer ordnungsgemäßen Ankündigung hat der Mieter 1 Monat Zeit gegen die Maßnahme Härtegründe vorzutragen.

Mit der vorgenommenen Modernisierungsmaßnahme kann auch eine Mieterhöhung einhergehen. Diese ist jedoch nur in bestimmten Grenzen zulässig. Häufig sind ausgesprochene Mieterhöhungen im Zusammenhang mit energetischen Modernisierungsmaßnahmen unwirksam, da vom Vermieter lediglich oder zum überwiegenden Teil Instandhaltungsmaßnahmen vorgenommen worden sind. Grundsätzlich darf die jährliche Miete um bis zu 11% der für die Wohnung aufgewendeten Modernisierungskosten erhöht werden. Dies kann einerseits zu einer beträchtlichen Mieterhöhung führen, schafft aber andererseits für den Vermieter auch einen Anreiz energetische Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen.

Ausnahmsweise ist eine Mieterhöhung ausgeschlossen, soweit sie auch unter Berücksichtigung der voraussichtlichen künftigen Betriebskosten für den Mieter eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist. An dieser Stelle sind auch wirtschaftliche Gesichtspunkte auf Seiten des Mieters zu berücksichtigen. Diese Abwägung findet allerdings nicht statt, wenn die Wohnung lediglich in einen Zustand versetzt wird, der bei 2/3 der Wohnungen in der Region vorliegt. Der Vermieter muss dem Mieter die Mieterhöhung in Textform mitteilen. Ferner muss er eingehend erläutern und nachvollziehbar darlegen, wie sich die Mieterhöhung berechnet. Darzulegen sind insbesondere die Kosten der Modernisierungsmaßnahme und die jeweilige Umrechnung auf die Wohnungen unter Abzug nicht umlagefähiger Instandhaltungskosten (Welche nicht zu einer Mieterhöhung herangezogen werden dürfen!) Desweiteren muss der Vermieter in der Mieterhöhung die zukünftigen Kosteneinsparungen darlegen, die der Mieter aufgrund der durchgeführten Modernisierungsmaßnahme erzielen wird.

Mit Beginn des 3 Monats nach Zugang der Erhöhungserklärung ist die Miete erhöht. Bei fehlerhafter Ankündigung der Modernisierungsmaßnahme durch den Vermieter verlängert sich die Frist um 6 Monate. Das Gleiche gilt, wenn die tatsächliche Mieterhöhung die angekündigte um mehr als 10 % übersteigt.

Beleidigungen im Straßenverkehr:

Wer kennt das nicht? Im Straßenverkehr wird man durch einen besonders rücksichtslosen Verkehrsteilnehmer belästigt, der Parkplatz wird „weggeschnappt“ oder ein anderer Verkehrsteilnehmer begeht

einen Verkehrsverstoß, durch den man selbst in Gefahr gerät. Manchen Mitbürgern kommen in diesem Zusammenhang dann gelegentlich Worte über die Lippen, die sie sonst nicht sagen würden. Oder man grüßt sein gegenüber mit einer abfälligen Geste oder bestimmten Handbewegungen. Die juristisch interessante Frage in diesem Zusammenhang ist, wann liegt in solchen Fällen eine strafbare Beleidigung vor? Zunächst sei darauf hingewiesen, dass eine Beleidigung nach § 185 Strafgesetzbuch ein sog. „Antragsdelikt“ ist. Derjenige der sich beleidigt fühlt, muss einen Strafantrag stellen, damit die Beleidigung strafrechtlich verfolgt wird. Wird durch den Geschädigten ein Strafantrag gestellt, stellt sich die Frage, ob tatsächlich ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt, welches dem Schädiger überhaupt nachgewiesen werden kann. Steht Aussage gegen Aussage, so kommt der Grundsatz „*In dubio pro reo*“ (lat. „Im Zweifel für den Angeklagten“) zum tragen.

Der Begriff der „Beleidigung“ wurde durch die Rechtsprechung konkretisiert als „Angriff auf die Ehre eines anderen durch Kundgabe der Nicht- oder Missachtung gegenüber ihm oder einem Dritten“.

Doch nicht jeder Angriff auf die Ehre eines anderen stellt eine strafbare Beleidigung dar, bloße Unhöflichkeiten oder Taktlosigkeiten stellen bereits keine Beleidigungen dar. Ferner kann die Ehre auch durch subjektive Meinungsäußerungen angegriffen werden. Solche subjektiven Meinungsäußerungen sind durch das im Grundgesetz manifestierte Recht auf Meinungsfreiheit geschützt und stellen keine Beleidigungen dar.

In welchen Fällen sind Gerichte von einer strafbaren Beleidigung ausgegangen und wie wurde diese geahndet?

Besonders streng sind Gerichte bei Beleidigungen gegenüber Polizeibeamten. Anders als es ein weit verbreiteter Volksglaube vermuten lässt, gibt es jedoch keinen eigenen Straftatbestand der „Beamtenbeleidigung“. Die Bezeichnung eines Polizeibeamten als „Wegelagerer“ wird von der Rechtsprechung nicht als strafbare Beleidigung angesehen. Auch die Titulierung eines Polizeibeamten als „Bulle“ bedeutet nicht zwingend eine strafbare Beleidigung. Das Zeigen eines Banners mit der Aufschrift „ACAB“ („all cops are bastards“) gegenüber Polizeibeamten stellt hingegen eine Beleidigung dar. Demgegenüber wurde die Begrüßung eines Polizeibeamten mit „Herr Oberförster, zum Wald geht es da lang!“ nicht als strafbare Beleidigung gewertet.

Nachfolgende Aussagen und Gesten im Straßenverkehr können teuer werden: Der Ausspruch „Du Bekloppter“ kann eine Geldstrafe von 250,00 € nach sich ziehen; die Aussage „Leck mich doch“ 300,00 €; die Aussage „Dumme Kuh“ 300,00 € - 600,00 €; die Aussage „Bei dir piept's wohl!“ 750,00 €; die Aussage „Du Wichser“ 1.000,00 €; die Aussage „Trottel in Uniform“ 1.500,00 €; die Bezeichnung „Du Schlampe“ 1.900,00 €; die Bezeichnung „Fieses Miststück“ 2.500,00 € und die Bezeichnung als „Alte Sau“ ebenfalls 2.500 €.

Generell werden Fäkalgesten wie das „Zeigen des Mittelfingers“ besonders streng geahndet. Die Geldstrafen liegen hier zwischen 600,00 € bis 4.000,00 €. Der sog. „Scheibenwischer“ kann mit Kosten von 350,00 € bis 1.000,00 € verbunden sein; einen „Vogel zeigen“ mit 750,00 €; einen Kreis aus Daumen und Zeigefinger zeigen („Arschloch“) kann 675,00 € - 750,00 € kosten und die Zunge herausstrecken lediglich 150,00 € - 300,00 €.

Beleidigungen werden in der Praxis allenfalls mit einer Geldstrafe sanktioniert. Deren Höhe richtet sich nach Tagessätzen. Ein Tagessatz entspricht dabei in der Regel einem Dreißigstel des monatlichen Nettoeinkommens des Täters. Bei einer Verurteilung drohen in der Regel Geldstrafen in Höhe von 10 – 40 Tagessätzen, je nach Beleidigung und zugrundeliegendem Lebenssachverhalt.

Haushaltshilfen legal beschäftigen:

Zwischenzeitlich hat der Gesetzgeber steuergünstige Möglichkeiten geschaffen eine Haushaltshilfe legal zu beschäftigen. Die geringe Kostenerhöhung im Vergleich zu einer illegalen Beschäftigung in Verbindung mit den Vorteilen der Legalität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll hier dargestellt werden.

Als Beispiel dient eine gesetzlich krankenversicherte Haushaltshilfe, die keine Rentenversicherungsbeiträge zahlt. Sie erhält für ihre Tätigkeit 10,00 € pro Stunde und arbeitet monatlich durchschnittlich 20 Stunden. Unter Berücksichtigung von Steuern, Sozialabgaben und Umlagen kostet die Haushaltshilfe den Arbeitgeber 228,88 € pro Monat, was einem Stundenlohn von 11,44 € entspricht. Ist die Haushaltshilfe nicht gesetzlich krankenversichert, verringern sich die Kosten um 10,00 € pro Monat und es ergeben sich Stundenlohnkosten in Höhe von 10,94 €. Einkommensteuerverpflichtige Arbeitgeber können ferner auf Antrag bis zu 20 % der Gesamtaufwendungen bis zu einer Höhe von jährlich maximal 510,00 € steuerermäßigend geltend machen. In unserem Beispiel ergibt sich daraus, dass durch die Anmeldung bei steuerlicher Geltendmachung keinerlei zusätzliche Kosten für den Arbeitgeber entstehen.

Für die Einziehung der Abgaben wird das so genannte „Haushaltscheck-Verfahren“ verwendet. Die Abgaben werden per Einzugsermächtigung jeweils für die zurückliegenden 6 Monate vom Konto des Arbeitgebers eingezogen. Eine Anmeldung der Haushaltshilfe mittels Haushaltscheck kann entweder online auf den Seiten der Minijob-Zentrale (unter: <http://www.minijob-zentrale.de>) oder per Formular, welches telefonisch von der Minijob-Zentrale werden kann, erfolgen.

Grundsätzlich haben auch Haushaltshilfen einen Anspruch auf eine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und auf eine finanzielle Absicherung im Falle der Mutterschaft. Die diesbezüglich anfallenden Kosten erhält der Arbeitgeber bis zu 80 % im Krankheitsfalle und zu 100 % bei Mutterschaft aus dem sog. Umlageverfahren nach dem Gesetz über den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung (Aufwendungsausgleichsgesetz - AAG) erstattet. Zwar muss der Arbeitgeber den Arbeitslohn in den vorgenannten Fällen zahlen, kann sich aber die verauslagten Kosten erstatten lassen.

Angemeldete Haushaltshilfen sind in der gesetzlichen Unfallversicherung unfallversichert. Da gerade im Haushalt sehr viele Unfälle passieren, sollte dieser Aspekt nicht unterschätzt werden. Der Arbeitgeber, der seine Haushaltshilfe angemeldet hat, haftet der Arbeitnehmerin gegenüber bei Arbeitsunfällen nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Mit der Anmeldung vermeidet der Arbeitgeber zudem das Risiko einer Geldbuße, da die „*schwarze Beschäftigung*“ eines Arbeitnehmers eine Ordnungswidrigkeit und unter Umständen sogar eine Straftat darstellt.

Rechtsirrtümer und ihre Aufklärung:

1. Ware, die mit einem falschen Preis ausgezeichnet wurde, muss zu diesem Preis verkauft werden?

Falsch! Eine solche Verkaufsverpflichtung besteht nicht. Dazu müsste schon bei Warenentnahme aus dem Regal ein gültiger Kaufvertrag mit dem Verkäufer geschlossen werden. Ein Kaufvertrag entsteht jedoch erst durch zwei sich deckende Willenserklärungen, dem Angebot und die Annahme und kommt erst an der Kasse zustande.

2. „Kannst du mir 3 Eier leihen?“ ist eine (juristisch) korrekte Frage.

Nein! Dies würde voraussetzen, dass man beabsichtigt genau diese 3 gleichen Eier wieder zurückzugeben. Die Frage lautet juristisch korrekt: „Kannst du mir ein Darlehen über drei Eier geben?“ Bei einem Sachdarlehen wird lediglich die Rückgabe von Sachen gleicher Art und Güte geschuldet ist.

3. Das Schild „Eltern haften für ihre Kinder“ sorgt dafür, dass Eltern für das Fehlverhalten ihrer Kinder einstehen müssen?

Falsch! Grundsätzlich haftet jeder nur für sein eigenes Verhalten. Sollten Eltern haften, so haften sie lediglich für ihr eigenes schlechtes Aufsichtsverhalten, nicht aber für das Verhalten ihrer Kinder.

4. Samstag ist kein Werktag. Falsch! Der Samstag ist juristisch gesehen auch ein Werktag.

5. Beim Kauf gebrauchter Sachen besteht grundsätzlich eine verkürzte Gewährleistungsfrist?

Nein! Grundsätzlich beträgt die Gewährleistungsfrist auch bei gebrauchten Sachen 2 Jahre. Ein Unterschied besteht lediglich darin, als das eine vertragliche Vereinbarung, die eine Verkürzung der Verjährungsfrist auf 1 Jahr vorsieht, beim Verbrauchsgüterkauf (Unternehmer an Verbraucher) bei gebrauchten Sachen möglich ist. Bei Neuware hingegen nicht.

6. Zwischen Garantie und Gewährleistung besteht kein Unterschied?

Bei der „Gewährleistung“ handelt es sich um eine gesetzliche Verpflichtung des Verkäufers und bei der „Garantie“ um eine freiwillige vertragliche Leistung des Verkäufers. Der Umfang der Gewährleistung, die ein Verkäufer für das verkaufte Produkt leisten muss, ist gesetzlich vorgegeben. Dies ist bei der Garantie anders. Eine Garantie kann über und unter den gesetzlichen Verpflichtungen der Gewährleistung liegen. Häufig liegt sie unter den gesetzlichen Verpflichtungen (Bsp.: Der Verkäufer bezahlt im Garantiefall nur die Ersatzteile oder den Reparaturlohn, den „Rest“ muss der Käufer selbst tragen.). Weiterhin kann in den Garantiebedingungen ausgeschlossen werden, dass diese auf einen Dritten übergeht, z.B. beim Verkauf des Gegenstandes.

7. Bei Rückgabe einer gekauften mangelhaften Sache kann der Verkäufer einen Gutschein ausstellen, anstatt den Kaufpreis zurückzuzahlen?

Nein! Wird aufgrund der gesetzlichen Gewährleistung eine mangelhafte Sache zurückgegeben kann der Verkäufer diese reparieren oder eine neue Sache liefern. Tritt der Mangel wiederholt auf oder existiert keine neue Sache, die der Verkäufer ersatzweise liefern könnte, kann der Käufer (ggf. ohne Fristsetzung) vom Kaufvertrag zurücktreten mit der Folge, dass er den Kaufpreis erstattet bekommt. Der Käufer hat dann ein Recht auf Rückzahlung des Kaufpreises. Wird eine Sache hingegen lediglich aus Kulanz zurückgenommen, kann der Verkäufer einen Gutschein über den Kaufpreis ausstellen.

8. Die Festnahme einer Person ist nur durch die Polizei möglich?

Falsch! Unter bestimmten Umständen dürfen auch Privatpersonen Festnahmen vornehmen. Wer einen Diebstahl oder eine andere Straftat beobachtet darf den Täter zum Beispiel zur Feststellung der Identität mit angemessenen Mitteln nach § 127 Strafprozessordnung (§ 127 StPO) vorläufig festnehmen.

9. Die Haftung einer GmbH ist auf 25.000,00 € beschränkt?

Nein! Die Haftung einer GmbH ist auf das Gesellschaftsvermögen beschränkt. Bei dem Betrag von 25.000,00 € handelt es sich lediglich um das Gründungskapital der Gesellschaft. Das Gesellschaftsvermögen und mithin die Haftung einer GmbH kann deutlich darüber liegen.

10. Den Personalausweis muss man bei sich führen?

Nein! Diese Pflicht besteht nicht. Es besteht lediglich die Verpflichtung den Personalausweis oder Reisepass auf Verlangen der zuständigen Behörde (wie etwa der Polizei) vorzuzeigen. Dies kann jedoch auch geschehen, indem man sich mit den Beamten zum Aufbewahrungsort begibt. In der Praxis empfiehlt es sich trotz fehlender Verpflichtung den Ausweis regelmäßig mit sich zu führen, um etwaige Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

11. Einer polizeilichen Vorladung (z.B. auf die Polizeiwache) muss man Folge leisten?

Anders als für Vorladungen der Staatsanwaltschaft oder eines Gerichts besteht für polizeiliche Vorladungen keine Verpflichtung, diesen nachzukommen. Ob man einer solchen Vorladung trotzdem nachkommen sollte ist eine Frage des jeweiligen Einzelfalls. Ohne vorherige Akteneinsicht sollte man als Beschuldigter jedoch generell keine Aussage gegenüber Polizeibeamten tätigen.

12. Wer seine Steuerangelegenheiten durch einen Steuerberater bearbeiten lässt, hat keine weiteren steuerlichen Pflichten.

Falsch! Steuerpflichtige müssen sich das Verschulden ihres Steuerberaters zurechnen lassen. So wird verhindert, dass der Steuerpflichtige sich durch Einschaltung eines Steuerberaters seinen Pflichten gegenüber dem Finanzamt entzieht.

Neuregelungen im Jahre 2014:

1. SEPA (Single European Payments Area): Am 01.02.2014 tritt das neue Zahlssystem in Kraft. Ziel ist es, durch eine Vereinheitlichung den Zahlungsverkehr zwischen den teilnehmenden Ländern zu vereinfachen. Künftig bestehen keine Unterschiede zwischen Inlands- und Auslandsüberweisungen mehr. Statt

mittels Kontonummer und Bankleitzahl wird die Überweisung zukünftig mittels IBAN und BIC erfolgen. Während Verbraucher ihre bisherigen Kontodaten bis 2016 weiterverwenden können und lediglich bei Überweisungen an Unternehmen deren IBAN bzw. BIC angeben müssen, existiert für Unternehmer keine über den 01.02.2014 hinausgehende Übergangsfrist.

Ihre IBAN und Ihre BIC finden Sie beispielsweise auf Ihrer Bankkarte oder Ihrem Kontoauszug abgedruckt.

2. Grundfreibetrag: Der Grundfreibetrag steigt für das Jahr 2014 voraussichtlich auf 8.354,00 €.

3. Rürup-Rente: Im Jahr 2014 können 78% der Beiträge in der Steuererklärung als Sonderausgaben geltend gemacht werden (in 2013 lediglich 76 %).

4. Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie: Am 13.06.2014 tritt das Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie in Kraft. Ziele der Richtlinie sind eine Angleichung der Rechtsvorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten, eine Verbesserung des Verbraucherschutzniveaus, die Beseitigung von Hindernissen im Binnenmarkt und die Verringerung von Kosten bei dem grenzüberschreitendem Handel. Änderungen ergeben sich insbesondere für den Widerruf von Fernabsatzverträgen. So reicht etwa die bloße Rücksendung der Ware für einen Widerruf zukünftig nicht mehr aus. Ferner hat der Verbraucher die Kosten der Rücksendung der Ware zu tragen, wenn der Unternehmer diesen auf die Kostentragungspflicht hingewiesen hat. Hinsichtlich der neuen Verbraucherrechterichtlinie werden wir im Januar 2014 einen gesonderten Infoflyer unter: <http://www.ra-kotz.de/kanzlei-infos-download> als PDF-Datei veröffentlichen. Diesen können Sie ab Mitte Januar 2014 kostenlos downloaden.

5. KFZ-Kennzeichen: Voraussichtlich ab 01.07.2014 soll es möglich sein, dass Fahrzeughalter bei einem Umzug in ein anderes Bundesland das bisherige KFZ-Kennzeichen behalten können.

6. Silber: Die Mehrwertsteuer auf Silbermünzen steigt zum 01.01.2014 auf 19 %.

7. Porto: Die Deutsche Post plant die Änderung einiger Beförderungsentgelte zum 01.01.2014. Der Versand eines Standardbriefs soll künftig 60 Cent kosten. Das Einschreiben verteuert sich voraussichtlich um 10 Cent auf 2,15 €, das Einwurfeinschreiben um 20 Cent auf 1,80 €. Der Nachsendeservice für sechs Monate kostet künftig 19,90 € statt bisher 15,20 €.

8. Neues Punktesystem beim Verkehrszentralregister in Flensburg ab 01.05.2014: Zum 01.05.2014 tritt ein neues Punktesystem in Kraft. Nach dem neuen Punktesystem erfolgt ein Fahrerlaubnisentzug schon bei 8 Punkten anstatt bei 18 Punkten. Die zum 30.04.2014 beim Kraftfahrtbundesamt im Verkehrszentralregister bestehenden Punkte werden nach folgender Umrechnungstabelle umgerechnet: 1-3 Punkte = 1 Punkt; 4-5 Punkte = 2 Punkte; 6-7 Punkte = 3 Punkte; 8-10 Punkte = 4 Punkte; 11-13 Punkte = 5 Punkte; 14-15 Punkte = 6 Punkte; 16-17 Punkte = 7 Punkte; 18 oder mehr Punkte = 8 Punkte. Hinsichtlich des neuen Punktesystems beim Verkehrszentralregister werden wir im Januar 2014 ebenfalls einen gesonderten Infoflyer unter: <http://www.ra-kotz.de/kanzlei-infos-download> als PDF-Datei veröffentlichen. Diesen können Sie ebenfalls ab Mitte Januar 2014 kostenlos downloaden.

Gesetzesvorhaben der „großen Koalition“:

Hier sollen einige Vorhaben der „großen Koalition“ kurz skizziert werden.

1. Mindestlohn: Ab dem Jahre 2015 gilt bundesweit ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 €, wobei zunächst tarifvertragliche Ausnahmen möglich sind.

2. Leiharbeit: Die maximale Überlassungsdauer eines Leiharbeitnehmers an ein einzelnes Unternehmen soll auf 18 Monate beschränkt werden. Nach 9 Monaten müssen Leiharbeitnehmer die gleiche Bezahlung wie Mitarbeiter der Stammbesellschaft erhalten. Sanktionen bei Verstößen sind - soweit ersichtlich - nicht vorgesehen.

3. Werkverträge: Es wird eine Verhinderung rechtswidriger Vertragskonstruktionen angestrebt.

4. Rente: Ab Juli 2014 ist im Alter von 63 Jahren eine abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren möglich. Ferner wird die „*Lebensleistungsrente*“ eingeführt. Diese soll die Rentenentgeltpunkte von langjährigen Beitragszahlern aufwerten.

5. Gesundheit: Der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung wird bei 7,3 % gesetzlich festgeschrieben. Ein Zusatzbeitrag kann zukünftig als prozentualer Satz vom beitragspflichtigen Einkommen von den Krankenkassen erhoben werden. Eine Kopfpauschale ist nicht mehr möglich.

6. Pflege: Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung soll insgesamt um 0,5 Prozentpunkte steigen.

7. Fahrverbot: Zur Bekämpfung von „*Alltagskriminalität*“ soll in Strafverfahren als Sanktionsmöglichkeit teilweise die Möglichkeit der Verhängung eines Fahrverbotes geschaffen werden.

Interessante Urteile aus dem Jahre 2013:

1. Verbotswidrige Nutzung eines Handys als Navigationshilfe Oberlandesgericht Hamm, Urteil vom 18.02.2013, Az: III V RBs 11/13

Wer ein Mobiltelefon während der Fahrt in einer Hand hält um es als Navigationshilfe zu verwenden, „benutzt“ es im Sinne des § 23 Abs. 1a StVO und handelt deshalb bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen ordnungswidrig.

2. Ex-Mann muss Lottogewinn mit Ex-Frau teilen Bundesgerichtshof, Urteil vom 16.10.2013, Az: XII ZR 277/12

Ein Ehemann, der seit langer Zeit von seiner Ehefrau getrennt lebt, ist auch hinsichtlich eines Lottogewinns in der Trennungszeit zum Zugewinnausgleich verpflichtet. Eine diesen ausschließende unbillige Härte liegt in der Regel nicht vor.

3. Fahrradfahren ohne Helm – Mitverschulden an Verletzung Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht, Urteil vom 05.06.2013, Az: 7 U 11/12

Wer im Straßenverkehr infolge eines verkehrswidrigen Verhaltens eines anderen mit dem Fahrrad stürzt und sich dabei eine Kopfverletzung zuzieht, muss sich ein Mitverschulden anrechnen lassen, wenn er zum Unfallzeitpunkt keinen Fahrradhelm getragen hat.

4. Keine Mängelgewährleistungsansprüche bei Schwarzarbeit ohne Rechnung Bundesgerichtshof, Urteil vom 01.08.2013, Az: VII ZR 6/13

Ein Werkbesteller hat gegen den Unternehmer keine Mängelgewährleistungsansprüche, wenn beide Parteien vereinbart haben, dass die Werkleistung „*schwarz*“ ohne Rechnung erfolgen soll, der Unternehmer vorsätzlich gegen seine steuerlichen Pflichten verstößt und der Besteller den Verstoß des Unternehmers kennt und bewusst zum eigenen Vorteil ausnutzt. Der Vertrag ist in diesem Fall aufgrund eines Verstoßes gegen das Schwarzarbeitsgesetz nichtig. Dem Unternehmer ist es auch nicht nach „*Treu und Glauben*“ gemäß § 242 BGB verwehrt, sich auf die Nichtigkeit des Vertrages zu berufen.

5. Entzug der Fahrerlaubnis wegen Trunkenheit bei Radfahrern Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 20.06.2013, Az: 3 B 102/12

Wer mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,9 Promille als Radfahrer einmalig im Straßenverkehr auffällig wird und anschließend gegenüber der Fahrerlaubnisbehörde die Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens über die Eignung zum Führen fahrerlaubnisfreier Fahrzeuge verweigert, dem kann von der Fahrerlaubnisbehörde das Führen von Fahrzeugen aller Art untersagt werden.

Auf unserer Community-Seite unter <http://www.rakotz.de> veröffentlichen wir täglich aktuelle Urteile in zusammengefasster und verständlicher Form.

Kuriose Urteile:**1. Die gebissene Kellnerin****Amtsgericht Gelsenkirchen, Urteil vom 23.06.2005, Az: 32 C 672/04**

Sachverhalt: Eine Kellnerin verlangte von einem ehemaligen Gast, der im Verfahren nunmehr Beklagter ist, ein Schmerzensgeld in Höhe von 400,00 €, da dieser ihr in den Zeh gebissen hatte, obwohl er diesen nur ablecken sollte.

Entscheidungsgründe: „Das Gericht hält in Anbetracht dieser Umstände ein Schmerzensgeld in Höhe von 400,00 € für gerechtfertigt. Ausweislich des Attests war die Klägerin jedenfalls für die Dauer von 10 Tagen arbeitsunfähig geschrieben. (...) Hinzu kommt, dass nach dem ärztlichen Attest eine stark entzündete Menschenbisswunde vorlag. Es ist gerichtsbekannt, dass bei Verletzungen im Fußbereich erhebliche Einschränkungen in der Lebensqualität vorhanden sind. Nach Angaben der Klägerin konnte sie sich auch zunächst nur mit Badeschuhen fortbewegen. Angesichts dessen, dass selbst wenn die Klägerin, wie die Beweisaufnahme ergeben hat, den Zeh ablecken lassen wollte, so hätte der Beklagte keinesfalls in den Zeh beißen und die Klägerin verletzen dürfen. Die Klägerin hat dem Beklagten nicht den Zeh zum Zwecke der Verletzung hingegeben, sondern zum Zwecke der Reinigung. Der Beklagte ist darüber hinausgegangen und hat die Klägerin verletzt. (...) Da es sofort zur Blutung gekommen ist, hat der Beklagte auch ordentlich zugebissen. Dies ist keinesfalls zu tolerieren und mit einem angemessenen Schmerzensgeld für die Klägerin im Hinblick auf die erlittenen Schmerzen und Einschränkungen zu vergüten. (...)“

2. Die verletzte Katze**Landgericht Regensburg, Urteil vom 16.03.1999, Az: 4 C 4376/98**

Sachverhalt: Zur Nachtzeit ging ein Telefax der Beklagten beim Kläger ein. Durch das Läuten der Telefon-/Telefaxkombination wurde dieser geweckt und eilte zum Telefon. Vor Schreck sprang die Katze des Klägers deshalb vom Katzenbaum und verletzte sich dabei. Der Kläger verlangte daraufhin von der Beklagten Schadensersatz für seine verletzte Katze.

Entscheidungsgründe: „...Schadensersatzansprüche scheiden zum einen bereits deshalb aus, da insoweit nicht mehr der erforderliche Kausalzusammenhang zwischen der Handlung der Beklagten und dem Schaden auf Seiten des Klägers gegeben ist. Der eingetretene Verletzungserfolg kann der Beklagten nicht mehr zugerechnet werden. Darüber hinaus fehlt es auch an der für einen Schadensersatzanspruch erforderlichen schuldhaften Verursachung der Verletzung....“

3. Terminverlegung aufgrund eines WM-Spiels**Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal, Beschluss**

Sachverhalt: Ein am Gerichtsverfahren beteiligter Rechtsanwalt beantragte die Verlegung eines Verhandlungstermins, da er für den Zeitpunkt des Termins Karten für das WM-Spiel Iran gegen Angola im Zentralstadion in Leipzig besaß.

Entscheidungsgründe: „...Der Terminverlegungsantrag ist (...) begründet. Dem Prozessbevollmächtigten des Antragstellers ist es (...) nicht zuzumuten, auf den Besuch des WM-Spiels zu verzichten. Daher hat das Familiengericht vor der Entscheidung über den Verlegungsantrag geprüft, ob es dem Prozessbevollmächtigten des Antragstellers möglich ist, sich um eine Verlegung des Fußballspiels zu bemühen. Diese Prüfung musste jedoch negativ ausfallen. Wegen der Vielzahl der mit solch einer Terminverlegung verbundenen Umladungen, dürfte erwartungsgemäß selbst ein Versuch des Prozessbevollmächtigten des Antragstellers, eine geringfügige Terminverlegung am selben Tag (in Form einer Verschiebung des Anpiffs) zu erreichen, keine hinreichende Aussicht auf Erfolg haben. Da die Einladung der FIFA zu dem

WM-Spiel weit vor der Umladung des Familiengerichts erfolgt ist, hat der Prozessbevollmächtigte des Antragstellers Anspruch auf Terminverlegung. Ein Negativattest der FIFA war insoweit entbehrlich....“

4. Der eingeschlafene Beamte

Sozialgericht Dortmund, Az: S 36 U 294/97

Sachverhalt: Ein Beamter schlief während der Arbeitszeit an seinem Schreibtisch ein und stürzte infolgedessen auf den Boden. Dabei zog er sich einen Nasenbeinbruch zu. Vor Gericht stellte sich die Frage, ob ein Arbeitsunfall vorlag. Dem Beamten wurde vom Gericht ein Anspruch gegen die gesetzliche Unfallversicherung aufgrund des Vorliegens eines Arbeitsunfalls zugesprochen.

Entscheidungsgründe: „....Wer während der Arbeit einschläft, von einer Sitzgelegenheit fällt und sich dabei verletzt, hat nur dann einen Arbeitsunfall erlitten, wenn er infolge betrieblicher Überarbeitung vom Schlaf übermannt worden ist oder der Schlaf am Arbeitsplatz sich auf andere betriebliche Gründe zurückführen lässt.....“

5. Tretende Brauereipferde

Amtsgericht Köln, Urteil vom 12.10.1984, Az.: 226 C 356/84

Sachverhalt: Das Fahrzeug der Klägerin wurde vor einer Postschänke von einem Pferd getreten und dabei beschädigt. Die Beklagte, die eine Privatbrauerei in Köln betreibt, besitzt ein Pferdegespann mit zwei Pferden, das zu Werbezwecken durch die Stadt fährt. Die Klägerin behauptete im Prozess, ein Pferd der Beklagten habe ihr Fahrzeug getreten und hierdurch beschädigt.

Entscheidungsgründe: „...Die Beklagte haftet als Halterin des Pferdefuhrwerks insgesamt, weil dieses das Auto der Klägerin beschädigt hat. (...)

Auch wenn man nicht der heute weit verbreiteten Rechtsansicht huldigt, Tiere seien bessere Menschen, wäre es von dem Kutscher natürlich zu verlangen gewesen, die Pferde, anstatt sie „herrenlos“ allein im Regen stehen zu lassen, wenn schon nicht aus Gründen des „ethischen Tierschutzes“, so doch wenigstens zur Beaufsichtigung (...) mit in die Postschänke hineinzunehmen. (...) Es hätte genügt, wenn er die Pferde mit an die Theke genommen hätte, wo sie sich als echte Kölsche Brauereipferde sicherlich wohler gefühlt hätten als draußen im Regen. Auch die Wirtin hätte sicher nichts dagegen gehabt. Denn die Rechtsregel „Der Gast geht solange zur Theke, bis er bricht“, hat bis jetzt, soweit ersichtlich, in der Rechtsprechung auf Pferde noch keine Anwendung gefunden. (...)

Die Beklagte möge also die Blötsche (= Eindellungen) am Fahrzeug der Klägerin bald möglichst bezahlen. (...)“

6. Der reimende Richter

Arbeitsgericht Detmold, Urteil vom 23.08.2007, Az: 3 Ca 842/07

Sachverhalt: „Der Streit entstand, weil der Beklagte im Rechtsstreit vorzutragen wagte, was nun der Klägerin sehr missfällt. Sie fordert deshalb Schmerzensgeld.

Dass der Beklagte schweigen soll verlangt sie ferner voller Groll.

Was ist der Grund für ihre Klage?

Nun, der Beklagte hat in ... einst einen Spielbetrieb besessen.

Die Klägerin ihrerseits indessen erhielt - als Aufsicht eingesetzt - für diese Tätigkeit zuletzt als Stundenlohn,

wie man das kennt nur sieben Euro und 11 Cent. (...)

Indes behauptet nunmehr der Beklagte, dass es die Klägerin dann wagte, so neben ihren Aufsichtspflichten noch andere Dinge zu verrichten:

so habe sie sich nicht geniert und auf dem Hocker masturbiert.

Was dabei auf den Hocker troff befände sich im Hockerstoff.

*Die Spielbar sei aus diesem Grunde als „...puff“ in aller Munde. (...)
Er kündigte aufgrund der Kunde der Klägerin aus andrem Grunde,
um - dies ließ er jedoch betonen - den Ruf der Klägerin zu schonen.
Die Klägerin klagte dann sogleich. Man einigte sich im Vergleich
- hier mag man die Parteien loben - denn der Vertrag ward aufgehoben und
- um die Sache abzurunden - die Klägerin noch abgefunden.
Der Klägerin reichte dies nicht hin, denn ihr steht noch nach Mehr der Sinn.
Sie habe nie vor all den Zockern sich selbst befriedigt auf den Hockern.
Der Pein, die man ihr zugefügt, der werde nur durch Geld genügt.
Die Lügen - für sie nicht zu fassen - muss der Beklagte unterlassen. (...)“*

Entscheidungsgründe: „Die Klage - wie die Kammer findet - ist vollumfänglich unbegründet.

*Auch wenn's der Klägerin missfällt: es gibt für sie kein Schmerzensgeld;
denn der Beklagte durfte hier sich äußern, wie er's tat.
Dafür gilt dies hier nur in den Verfahren - sonst darf er auch nichts offenbaren.
Er hat - um auf den Punkt zu kommen - insoweit etwas wahrgenommen,
was der, der die Gesetze kennt „berechtigtes Interesse“ nennt.
Zwar könnte man zu Recht hier fragen: darf man denn einfach etwas sagen,
wenn man es nur von anderen hört und dies wen es betrifft empört?
Besteht nicht wenigstens die Pflicht, dass man sich informiert und nicht leichtfertig irgendwas verbreitet,
was anderen Verdruss bereitet? (...)
Nur wenn sein Ziel war zu verletzen, die Klägerin herabzusetzen,
sie zu verleumden, zu entehren war ihm dies deutlich zu verwehren.
Kurz: es kommt letztlich darauf an, ob's der Beklagte selbst ersann,
er also gleichsam phantasierte, wie sich die Klägerin gerierte.
Und deshalb bleibt auch unergründet, was sich im Hockerstoff befindet
und ob die Zeugen sah'n und hörten, was dem Beklagten sie erklärten.
Nein, der Beklagte muss mitnichten ein hohes Schmerzensgeld entrichten.
Auch unbegründet - ohne Frage - ist hier die Unterlassungsklage.“*

7. Schrittgeschwindigkeit beträgt 15 km/h

Amtsgericht Leipzig, Urteil vom 16.02.2005, Az: 215 OWi 500 Js 83213/04

Sachverhalt: Der Betroffene wurde in einem verkehrsberuhigten Bereich mit einer Geschwindigkeit von 35 km/h geblitzt. Fraglich war, um wie viel km/h er die zulässige Schrittgeschwindigkeit überschritten hatte.

Entscheidungsgründe: „Nach dem Sprachgebrauch wäre unter Schrittgeschwindigkeit zwar die durchschnittliche Fußgängergeschwindigkeit, welche mit 4 bis 7 km/h anzusetzen wäre, zu verstehen. Wie ausgeführt kann für die Definition der Schrittgeschwindigkeit im Sinne der StVO (= Straßenverkehrsordnung) jedoch nicht auf eine bestimmte km/h-Größe zwischen 4 und 10 km/h oder 4 bis 7 km/h abgestellt werden, da eine solche mittels Tacho nicht zuverlässig messbar wäre. Auch würden zum Beispiel Radfahrer, die Fußgängergeschwindigkeit fahren, unsicher werden und zu schwanken beginnen. Stattdessen muss man unter Schrittgeschwindigkeit eine Geschwindigkeit verstehen, die jedenfalls deutlich unter 20 km/h liegt, somit eine Geschwindigkeit von 15 km/h.“

*Ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2014
wünschen Ihnen die Rechtsanwälte Hotz nebst Kanzlei-Team!*